

**Zeitschrift:** Frauenbestrebungen  
**Band:** - (1912)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Frauenstimmrechtskongress  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-325963>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 23.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

wir Ausgaben für Militär zu tragen haben, werden sie zum Teil aus jenen Einkünften bestritten. Einen unheilvolleren Einfluss als die Eingangszölle haben die Streike auf die Preise der Mieten und des Lebensunterhaltes im allgemeinen. Sobald die Zölle herabgesetzt werden, ist man genötigt, das staatliche Budget durch neue Steuern wieder auszugleichen. Dr. Steiger glaubt nicht („Basler Nachrichten“), dass die Reduktion der Eingangszölle irgendwelchen dauernden Einfluss auf die Preise der Lebensmittel haben werde. Es brauchten nur alle Länder, die ja alle am gleichen Übel kranken, das gleiche zu tun, so wäre wieder der alte Zustand da. In der Schweiz ist einzig das Gefrierfleisch mit einem ausserordentlich hohen Zoll belegt, der  $\frac{1}{3}$  seines Wertes ausmacht. Auf Kartoffeln, Milch, Reis, frischem Obst besteht gar kein Eingangszoll, der Preis der Milch wird einzig durch künstliche Umstände beeinflusst.

7. Einzelne Nationalökonomien suchen die Ursache des Steigens in der Produktion des Goldes. Tatsache ist, dass das Gold, besonders im Transval, in ausserordentlichen Mengen gewonnen wird, aber gleichwohl hält die Produktion kaum Schritt mit der Nachfrage. Es ist ein Handelsartikel wie ein anderer auch. Er wird auf dem Geldmarkt gekauft und verkauft, und im Verlauf von 30 Jahren ist der Preis fast immer der gleiche geblieben. Man erhält sogar oft Agio auf das Gold, z. B. in der Schweiz, was ich für einen Beweis seiner Seltenheit ansehe. Die Ausdehnung der Industrie und des Handels ist in dem gleichen Zeitraum enorm gewesen und nimmt immer mehr zu. Das gemünzte Geld, die Goldstücke, besonders die Banknoten, neue Bankinstitute schaffen eine immer steigende Nachfrage nach Gold. Dazu kommt noch, dass fast alle Länder mit Doppelwährung sich genötigt sahen, das Gold als einzige Grundlage des Verkehrs anzunehmen. Alle Banken, die staatlichen wie die privaten, sind genötigt, einen Reservefond von Gold zu haben, der, was die Privatbanken betrifft, fast immer nicht ausreicht. Endlich verwenden die Juweliere eine Menge Goldes, das sich auf diese Weise auch der Zirkulation entzieht. Wäre die Produktion des Goldes ebenso unbeschränkt wie die des Silbers, was nicht der Fall ist, so würden selbstverständlich die Preise der Lebensmittel und Waren sofort steigen.

8. Der Malthusianer weiss vielleicht nicht, dass dies Jahr die Bevölkerung Frankreichs um 20 000 Menschen abgenommen hat — ohne die Preise herunterzudrücken. Überall ist die Zahl der Geburten im Abnehmen begriffen. Dagegen ist der Lebensdurchschnitt, der während der beiden letzten Jahrhunderte kaum 25 Jahre betrug, auf annähernd 35 Jahre gestiegen. Wenn auch weniger Kinder geboren wurden, so sterben doch auch weniger, und es gibt viel mehr Leute, die die Fünfzig überschreiten. Wir sind dahin gekommen, den Epidemien zu steuern und bei gewöhnlichen Krankheiten die Todesfälle einzuschränken.

#### V.

Wie ist gegen die Verteuerung des Lebensunterhaltes anzukämpfen? Alle Nationalökonomien und Geschäftsleute bestätigen, dass es kein Universalheilmittel dagegen gibt. Ohne eine internationale Weltorganisation, die komplizierter und feiner als das Räderwerk einer Uhr sein müsste, ist der Mensch nicht imstand, die ökonomische Lage unbedingt zu beherrschen. Selbst wenn er es fertig brächte, so wären doch Epidemien, Kriege, die Unbilden und Abnormitäten der Witterung, Überschwemmungen stärker als er. Das Sinken und Steigen der Preise ist die Ebbe und Flut, deren Ursache noch nicht entdeckt ist. Wir können uns sagen, dass bei dem Steigen die Nachfrage grösser ist als das Angebot, beim Sinken umgekehrt das Angebot grösser als die Nachfrage, aber dass beides notwendigerweise die Neigung hat, sich auszugleichen. Vielleicht kommen wir noch einmal dazu, die Grund-

ursache dieser Schwankungen zu erkennen, wenn erst die Nationalökonomie eine Wissenschaft sein wird, der höchste Intelligenz, weitgehende Erfahrungen und allgemeines Interesse zu Gebot stehen. Augenblicklich gehen wir dem wirtschaftlichen und sozialen Internationalismus entgegen. Wird dies das System der riesenhaften Monopole, seien es internationale oder finanzielle, bedeuten? oder das System einer weitausgedehnten Genossenschaft mit Verteilung der Gewalten und Zentralisation der Kräfte? Diese beiden Systeme stehen auf Probe, und die Zukunft allein kann darüber entscheiden, ob deren Kombination möglich ist, oder ob eines über das andere den Sieg davontragen wird. Ein begrenzter Internationalismus macht sich schon in der Finanzwelt geltend. Um in Deutschland eine Finanzkrise während der Marokkofrage zu vermeiden, hat eine andere Nation das Geld dazu hergeliehen. Die Arbeiterschaft ist zu dem Schluss gelangt, dass die Genossenschaftsbewegung, wenn sie Früchte tragen soll, international sein muss. Was nützt es dem amerikanischen Bergarbeiter in den Streik einzutreten, um einen höheren Lohn zu erhalten, wenn im gegebenen Augenblick Amerika mit belgischer, englischer und französischer Steinkohle überschwemmt wird? Was hilft es, für die einheimische Industrie eine Lohnerrhöhung zu verlangen, wenn andere Länder die gleichen Gegenstände bei geringeren Löhnen produzieren — ganz besonders, wenn sie nicht durch Zolltarife geschützt sind? Das hiesse zum Vorteil der Konkurrenz eine Industrie, die uns zu gut kommt, lahm legen.

Wir bewegen uns entweder auf den allgemeinen Freihandel oder auf ein allgemeines internationales Zolltarifsystem zu. Beim Freihandel wird die Produktion eines jeden einzelnen Landes durch seine natürlichen Vorteile begrenzt, durch die Überlegenheit der Rasse, des Bodens, des Klimas usw. Mit dem Schutzzollsystem erhalten wir auf breiterer Grundlage das, was bereits existiert. Jedes Land wird seine eigenen Produkte schützen und durch Einfuhrzölle die anderen Länder verhindern, ihm eine verderbliche Konkurrenz auf eigenem Boden zu machen, während es sich mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln anstrengen wird, seine Ausfuhr zu vermehren, um einen vorteilhaften oder notwendigen Austausch zu machen.

Wenn es auch kein Universalmittel gibt, so sind doch partielle Mittel vorhanden, die jedoch mit äusserster Vorsicht anzuwenden sind. Wenn wir in unserer Unwissenheit und Machtlosigkeit Gesetze verkünden wollten, von denen wir die ganze Tragweite nicht voraussehen können, würden wir die Situation erschweren und in der Absicht, unsere Übelstände zu mindern, würden wir sie nur vermehren. Zolla und mit ihm noch andere Autoritäten lehren uns: die Spekulation verbieten, das heisst das Voraussehen der wechselnden Preise und Bedürfnisse, bedeutet sich dem zu erreichenden Zweck widersetzen, und der gesetzliche Zwang erzeugt hier das gleiche Resultat wie der Aufruhr, er schafft die Teuerung durch das Stören der Operationen, die sie entkräften sollten. Dies unfruchtbare, niederdrückende und gefährliche Einschreiten der öffentlichen Gewalt in bezug auf die Produktion und den Handel muss also klargelegt und verurteilt werden. Es ist wol eine der tollsten Forderungen, das Sinken der Preise zu verlangen und zugleich die Besteuerung der Lebensmittel anzuordnen. Man organisiert damit nur den Mangel und die Teuerung, indem man den Produzenten in Schrecken versetzt und den Kaufmann zugrunde richtet. (Schluss folgt.)

### Frauenstimmrechtskongress.

Die nächste Generalversammlung des Weltbundes für Frauenstimmrecht wird nächstes Jahr in Budapest zusammentreten. Es gehen uns darüber aus Ungarn folgende Mitteilungen zu:

Der Kongress wird vom 15.—20. Juni 1913 abgehalten. Telegrammadresse: Suffragium Budapest. Briefadresse: Kongressbureau, Budapest, VII. István út 67.

Der Handelsminister bewilligte für alle Kongressteilnehmer eine Fahrtbegünstigung für die Staatsbahnen. Es wird für die Benützung der II. Klasse III. Klasse Fahrpreis und für die I. Klasse II. Klasse zu bezahlen sein.

Dieselbe Fahrtbegünstigung werden wir auch für die übrigen ungarischen Bahnen und Schiffe erwirken. Für die Journalisten werden eine Anzahl von Freikarten bereitstehen.

An den Sammlungen für den Kongressfond beteiligen sich nicht nur die Mitglieder unserer Organisation, sondern die weitesten Kreise der Gesellschaft.

Die Stadt bewilligte dem Kongress 5000 Kronen. Ausserdem stellt sie uns ein hübsches, illustriertes Album über Ungarn unentgeltlich zur Verfügung. Eine Anzahl dieser Albums werden wir baldigst an jedes angeschlossene Land mit der Bitte schicken, es an diejenigen Personen zu verteilen, die eventuell den Budapester Kongress besuchen wollen, damit sie sich im voraus über Budapest und Ungarn orientieren. Es liegt uns daran, dass dieses Album schon jetzt verteilt wird. Unoffiziell wurde uns ausserdem eine Empfangsfestlichkeit der Hauptstadt in Aussicht gestellt.

Es sei hier erwähnt, dass bei der Beratung über den Beitrag der Hauptstadt ein Stadtvater gegen die Bewilligung protestierte, da er es für unwürdig hielt, dass die Hauptstadt Ungarns sich mit den „Fenstereinschlagenden Suffragettes“ identifiziere. Schlimmstenfalls, forderte er, möge die Stadt das Geld geben, sich am Kongress jedoch nicht vertreten lassen. Diesem Stadtverordneten traten zwei Reichstagsabgeordnete, ein Professor des Polytechnikums (Vizepräsident der Männerliga für Frauenstimmrecht) und der Bürgermeister energisch entgegen. Sie begrüßten es mit Freude, dass der Kongress in Budapest tagen wird, und sprachen warm für die Sache des Frauenstimmrechts. Bürgermeister Dr. Stefan von Bárczy, von jeher ein warmer Freund unserer Sache, schloss mit den Worten: „Zu dieser Bewegung gehört die ganze geistige Elite der Kulturwelt“. Der Zuschuss wurde darauf unter grossem Beifall einstimmig votiert.

Da sich das unter der Leitung der Gräfin Ilona Haller arbeitende Finanzkomitee an alle Munizipalitäten und Komitatsbehörden um Zuschuss zum Kongressfond gewendet hat, erhielten wir von mehreren Städten und Komitaten Beiträge. Einen Zuschuss von 1500 Kronen erhielt unsere Propagandakommission vom Handelsminister, und der Landwirtschaftsminister setzte uns ebenfalls einen Beitrag in Aussicht.

Das Künstlerkomitee lässt ein künstlerisches Plakat anfertigen. Dieses wird durch ein Unternehmen in den Hotels und Fahrkartenbureaux etc. der ganzen Welt angebracht. Wir werden eine Anzahl der Plakate an jedes Stimmrechtsbureau senden und bitten schon jetzt, sie zur Propaganda unseres Kongresses zu benützen.

Die Präsidentin des Exekutivkomitees schreibt einen Vortrag über Ungarn, der mit illustrierenden Lichtbildern an jedes angeschlossene Land geschickt wird. Wir ersuchen zu veranlassen, dass im Interesse der Propaganda die verschiedenen Filialen Ihres Stimmrechtsvereines diesen Vortrag halten lassen.

Wir sind jetzt daran, auch in anderen Ländern Fahrpreiserlässigungen für die Kongressreisenden zu erwirken.

Mrs. Chapman Catt teilt uns mit, dass begründete Aussicht vorhanden ist, dass zwei Indierinnen, eine Javanerin und eine Ägypterin dem Kongresse beiwohnen werden. Die ungarische Männerliga für Frauenstimmrecht beschloss, die internationale Männerliga einzuladen, ihre erste Generalversammlung gleichzeitig mit unserem Kongress abzuhalten.

Die Subkomitees legen Gewicht darauf, die einheimischen Teilnehmer in den offiziellen Sprachen des Kongresses zu schulen. Es wird auch dafür gesorgt, dass Cicerone in den Sprachen möglichst aller vertretenen Länder zur Verfügung stehen.

Einladungen für eine Reihe von Festlichkeiten und Ausflügen liegen schon vor.

Das österreichische Frauenstimmrechtskomitee hat beschlossen, die ihm angebotene internationale Demonstrationsversammlung vor Eröffnung des Budapester Kongresses abzuhalten.

Bezüglich des Arbeitsprogrammes hat Mrs. Chapman Catt aus Java via New York ein Rundschreiben verschickt, das wohl baldigst an alle Adressaten gelangen wird. Das Exekutivkomitee ist mit aller Kraft daran, den Budapester Kongress zu einem Erfolg unserer internationalen Sache zu machen. Die Vorbereitungen wurden einem Exekutivkomitee übergeben; Vorsitzende ist Gräfin Julie Teleki.

## Das kirchliche Frauenstimmrecht.

In Graubünden ist die Frage der Gewährung des kirchlichen Stimmrechts an die Frauen auf der Tagesordnung, und die reformierte Geistlichkeit ist eingeladen, sich darüber auszusprechen. Der Kirchenrat unterbreitet den Colloquien die Frage zu definitiver Beratung und bemerkt dazu nach dem „Freien Rätier“:

Von einem Initiativkomitee der Frauenvereine von Chur, Davos, Samaden, Thusis und Zuoz ist uns eine Petition mit über 2000 Unterschriften zugegangen, welche die Einführung des kirchlichen Frauenstimmrechts bezweckt. Falls Sie der Petition entsprechen wollen, handelt es sich darum, wie das geschehen soll. Es können verschiedene Lösungen in Frage kommen, nämlich:

a) Das kirchliche Frauenstimmrecht könnte für den ganzen evang. Kantonsteil eingeführt werden.

b) Das kirchliche Frauenstimmrecht könnte im ganzen Umfang der evang. Landeskirche denjenigen weiblichen Kirchengenossen erteilt werden, die ausdrücklich für sich darum nachsuchen.

c) Es könnte den einzelnen Kirchengemeinden freigestellt werden, für sich das kirchliche Frauenstimmrecht einzuführen.

d) Es könnte festgesetzt werden, dass den Frauen einer Gemeinde das kirchliche Stimmrecht gegeben werden muss, falls die Mehrheit der in Betracht fallenden Frauen es mit Unterschrift verlangt.

Bei den Verhandlungen über die Zulassung von Frauen zum Pfarramt haben Sie sich in der Mehrheit, wenigstens theoretisch, zustimmend ausgesprochen. Nun drängt die ähnliche Frage des kirchlichen Frauenstimmrechts zu nicht bloss theoretischer, sondern praktischer Lösung. Ob die Lösung der Stimmrechtsfrage gerade jetzt und bei uns dringlich sei, wollen wir hier nicht erörtern. Die kleine Zahl von Unterschriften, welche trotz eifriger Werbearbeit zusammengebracht worden ist, scheint eher dagegen zu sprechen. In den meisten unserer kleinen Gemeinden haben die Frauen offenbar gar nicht das Gefühl, dass der Ausschluss vom Stimmrecht für sie irgend eine Zurücksetzung bedeute. Betrachten doch viele Männer nachgerade das Stimmrecht eher als eine Last, denn als ein Vorrecht. Vielleicht fangen auch die Frauen an, anders darüber zu denken, sobald sie es einmal haben. Aber wenn sie glauben, damit etwas für sie Wertvolles zu erlangen, so glauben wir, die Männer sollten ihnen das Stimmrecht nicht vorenthalten. Von diesem Gesichtspunkte aus wäre wohl eine der oben unter b), c) und d) aufgeführten Lösungen das Richtige. Wir ersuchen Sie, die Frage gründlich nach allen Seiten zu besprechen.